

Antrag

Hannover, den 14. April 2020

Fraktion der AfD

Vollbefragung der Mitglieder der niedersächsischen Pflegekammer

Der Landtag wolle beschließen:

Entschießung

Die Landesregierung hat beschlossen, einen Fragenkatalog an alle Zwangsmitglieder der Pflegekammer Niedersachsen zu senden, um ein Meinungsbild über die weitere Zukunft der Kammer einzuholen. Nach Angaben des Sozialministeriums soll der vom Institut Kienbaum erstellte Fragenkatalog hierzu sehr umfangreich sein.

Daher fordert der Landtag die Landesregierung auf, die Vollbefragung der Mitglieder der Pflegekammer dahingehend zu ändern, dass nur gefragt wird, ob

- a. die Pflegekammer weitergeführt werden soll oder nicht,
- b. im Falle einer Weiterführung die Zwangsverbeitragung bestehen bleiben soll oder nicht.

Begründung

Die Pflegekammer Niedersachsen ist seit ihrer Einführung umstritten. Durch die Proteste der Kammermitglieder hat die Landesregierung dem Druck nachgegeben und die Erhebung von Zwangsbeiträgen ausgesetzt. Sie werden derzeit durch die politische Liste der großen Koalition kompensiert. Über die Vollbefragung der Mitglieder soll nun über die Zukunft der Kammer abgestimmt werden. Dies kann jedoch nicht durch einen komplexen Fragenkatalog desselben Institutes geschehen, welches die Kammer auch evaluiert. Hier sind die Neutralität des Institutes sowie die Ergebnisoffenheit der Befragung nicht gewährleistet, und es kann nicht ausgeschlossen werden, dass durch den Fragenkatalog einseitig auf eine Weiterführung der Kammer hingewirkt werden soll.

Klaus Wichmann

Parlamentarischer Geschäftsführer